



Kaum ein politisches Feld ist in Europa so aufgeladen wie die Einwanderung. Während alternde Gesellschaften und schrumpfende Erwerbsbevölkerungen den Ruf nach Zuwanderung verstärken, fürchten Regierungen den politischen Preis offener Grenzen. Spanien, selbst von einer der niedrigsten Geburtenraten der EU betroffen, versucht nun einen Mittelweg – mit einer Regularisierung Hunderttausender Migranten ohne gültigen Aufenthaltsstatus.

Die sozialdemokratisch geführte Regierung unter Ministerpräsident Pedro Sánchez setzt auf Integration statt Abschottung. Künftig sollen Migranten, die bereits im Land leben und soziale oder berufliche Bindungen nachweisen können, leichter eine legale Aufenthaltserlaubnis erhalten. Der Staatssekretär für Soziale Sicherheit, Borja Suárez Corujo, spricht von einer ökonomischen Notwendigkeit: Ohne Migration sei die Finanzierung des Sozialstaats langfristig nicht gesichert.

Tatsächlich sprechen die Zahlen eine deutliche Sprache. Seit 2019 wurden fast 40 Prozent der neu geschaffenen Arbeitsplätze von Migranten besetzt. In Pflege, Landwirtschaft und Gastronomie sind sie unverzichtbar geworden. Spanien versucht, diese Realität politisch zu ordnen, indem es irreguläre Beschäftigung in formelle Arbeitsverhältnisse überführt – ein Schritt, der Steueraufkommen und Sozialversicherungsbeiträge erhöht.

Kontrolle als politischer Schlüssel

Bemerkenswert ist dabei die strategische Rahmung der Reform. Anders als in den USA oder in Teilen Mitteleuropas wird die Maßnahme nicht als humanitäre Öffnung, sondern als ordnungspolitische Korrektur präsentiert. Studien des Meinungsforschungsinstituts More in Common zeigen, dass die Akzeptanz von Migration maßgeblich davon abhängt, ob Bürger den Eindruck staatlicher Kontrolle haben.

Spanien profitiert hier von strukturellen Besonderheiten. Viele Migranten aus Lateinamerika reisen legal mit Touristenvisa ein und überschreiten anschließend ihre Aufenthaltsdauer. Sichtbare Grenzkrisen bleiben aus – anders als an der US-mexikanischen Grenze oder im zentralen Mittelmeer. Zugleich investiert Madrid erheblich in die Sicherung der Exklaven Ceuta und Melilla sowie in Kooperationen mit Marokko, um irreguläre Überfahrten zu begrenzen.



Politisches Risiko und europäische Signalwirkung

Der Kurs ist innenpolitisch nicht unumstritten. Die konservative Partido Popular warnt vor einer Überlastung öffentlicher Dienste, die rechtsnationalen Vox spricht von einem Angriff auf die nationale Identität. Gleichwohl stützt sich die Regierung auf eine breite Koalition aus Wirtschaftsverbänden und der katholischen Kirche.

Spaniens Ansatz könnte damit Modellcharakter gewinnen: Migration als wirtschaftliche Notwendigkeit – kombiniert mit sichtbarer Grenzsteuerung. Ob dieses Gleichgewicht dauerhaft trägt, wird nicht nur über Spaniens demografische Zukunft entscheiden, sondern auch über die politische Stabilität eines Landes im Spannungsfeld zwischen ökonomischem Pragmatismus und kultureller Verunsicherung.

Weitere Nachrichten

Washington zwischen Abschreckung und Eskalation

Die Vereinigten Staaten haben ihre militärische Präsenz im Nahen Osten in den vergangenen Tagen deutlich verstärkt. Nach Angaben aus Regierungskreisen verfügt Präsident Donald Trump nun über die operative Option, kurzfristig militärische Schläge gegen Iran anzuordnen – möglicherweise bereits am Wochenende. Damit verdichtet sich die strategische Lage zu einer Entscheidung von erheblicher Tragweite: diplomatische Verständigung oder offene Konfrontation.

Parallel zu indirekten Gesprächen zwischen Washington und Teheran wurde der militärische Aufmarsch fortgesetzt. Flugzeugträgerverbände, strategische Bomber und zusätzliche Luftabwehrsysteme signalisieren Entschlossenheit und sollen zugleich Abschreckung erzeugen. Trump hat Iran wiederholt ultimativ aufgefordert, sein Atomprogramm vollständig aufzugeben, und im Weigerungsfall „schwerwiegende Konsequenzen“ angedroht.

Innerhalb der Trump-Administration überwiegt Skepsis, ob eine diplomatische Lösung realistisch ist. Ein Militärschlag würde jedoch unkalkulierbare Risiken bergen – von regionaler Destabilisierung bis zu Angriffen auf US-Verbündete. Die kommenden Tage könnten somit entscheidend für die Sicherheitsarchitektur des Nahen Ostens werden.



Leere Lager, offene Fragen: Das Erbe des IS in Syrien

Die einst streng bewachten Haft- und Internierungseinrichtungen im Nordosten Syriens sind weitgehend verwaist. In Shaddadi, einem Gefängnis für Kämpfer der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS), fanden Reporter zuletzt nur noch leere Zellen vor. Auch im weitläufigen Lager Al Hol, in dem über 20.000 Frauen und Kinder mit IS-Bezug untergebracht waren, stehen ganze Sektoren verlassen da.

Auslöser ist die jüngste Machtverschiebung in der Region. Syrische Regierungstruppen übernahmen Gebiete von den kurdisch dominierten Syrischen Demokratischen Kräften (SDF), die jahrelang mit einer US-geführten Koalition gegen den IS gekämpft und Gefängnisse sowie Lager gesichert hatten. Mit dem Rückzug der SDF geriet das fragile Sicherheitssystem ins Wanken.

Nach Angaben von Forschern nutzte der IS das entstandene Chaos, um Gefangene zu befreien. Andere Insassen könnten in Einrichtungen in anderen Landesteilen verlegt worden sein. Klar ist: Die Kontrolle über tausende radikalisierte Personen ist geschwächt – mit potenziellen Folgen für die Stabilität Syriens und darüber hinaus.

Weitere Nachrichten

Richter in **Südkorea** stehen kurz davor, im Prozess gegen den ehemaligen Präsidenten Yoon Suk Yeol ein Urteil zu fällen. Die Staatsanwaltschaft fordert die Todesstrafe.

Trumps „Friedensrat“ wird heute in Washington zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentreten.

Der Tod eines jungen Aktivisten durch eine Prügelattacke in **Frankreich** hat sich zu einem erbitterten Schlagabtausch zwischen führenden Politikern der extremen Rechten und der extremen Linken des Landes ausgeweitet.

Russen und Ukrainer beendeten nach nur zwei Stunden einen zweiten Tag von durch die USA vermittelten Friedensgesprächen, was auf mangelnde Fortschritte hindeutet.

Das staatlich unterstützte **saudische KI-Unternehmen Humain** erklärte, es habe drei



Milliarden Dollar in Elon Musks Firma xAI investiert.

Die **Polizei in Kamerun** verhaftete vier Journalisten, die zu einem geheimen Vorhaben der Trump-Regierung recherchierten, Migranten in das afrikanische Land abzuschieben.

Südsudan berief einen verstorbenen Mann in ein Gremium, das die seit Langem verschobenen Wahlen vorbereiten soll.

P.T.